

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 2. Sitzung (17. TA)

der Bezirksvertretung für den

Stadtbezirk III

am Donnerstag, 26.11.2009, Villa
Wuppermann - Bürgerzentrum,
Kaminzimmer (EG)

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 17:40 Uhr

Anwesend

CDU

Raimund Gietzen

Bezirksvorsteher

Ulrike Hölzer

Dr. Hans-Gerd Metzinger

Kurt Saal

Annemarie Wilke

Georg Karl Wollenhaupt

SPD

Sunnhild Hungerberg

Günter Nahl

Wolfgang Pockrand

Stv. Bezirksvorsteher

Peter Schröder

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Marita Schmitz

FDP

Heinrich Linden

BÜRGERLISTE

Ulrike Lorenz

pro NRW

Thomas Lind

von der Verwaltung:

Susanne Weber

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

Udo Edelmann

Finanzen

Monika Schönewald	Finanzen
Horst Wedler	Recht und Ordnung
Birgit Freund	Umwelt
Georg Kimmerle	Umwelt
Peter Mantler	Straßenverkehr
Helmut Oestreich	Schulen
Udo Gerling	KulturStadtLev
Anke Spiegel	KulturStadtLev
Hermann Nimitz	Kinder und Jugend
Georg Boßhammer	Sportpark Leverkusen
Klaus Peter Laux	Sportpark Leverkusen
Dieter Scholz	Sportpark Leverkusen
Claudia Fricke	Stadtplanung und Bauaufsicht
Klaus Seggewiss	Stadtplanung und Bauaufsicht
Brigitte Lenz	Gebäudewirtschaft
Klaus Mintrop	Gebäudewirtschaft
Reinhard Gerlich	Technische Betriebe/Tiefbau
Reinhard Schmitz	Tiefbau
Christian Syring	Tiefbau
Lothar Schmitz	Stadtgrün
Manfred Witowski	Stadtgrün
Schriftführer:	
Ralf Berlings	Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

es fehlen entschuldigt:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Tim Eppert

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Seite

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Herr Bezirksvorsteher Gietzen eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Er verweist auf die allen Bezirksmitgliedern heute vorgelegte Arbeitstagesordnung, in die alle Änderungen und Ergänzungen aufgenommen wurden. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Aufgrund des zahlreichen Erscheinens von Bürgerantragstellern und interessierten Bürgern zum Tagesordnungspunkt 9 schlägt Herr Bezirksvorsteher Gietzen vor, diesen Tagesordnungspunkt vorgezogen nach Tagesordnungspunkt 2 beraten zu lassen. Die Bezirksvertretung folgt einstimmig diesem Vorschlag.

2 Genehmigung von Niederschriften

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III vom 26.10.09 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Dezernat I

Haushaltsplan/Wirtschaftsplanberatung 2010

3 Wirtschaftsplan 2010 des "Sportpark Leverkusen" Vorlage: 0065/2009

Herr Nahl (SPD) bittet die Verwaltung um Übersendung des Ausschreibungs-

textes zur Vermarktung des Freibades Auermühle.

Herr Boßhammer (SPL) sagt die Übersendung der gewünschten Unterlage an alle Mitglieder der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III über den Fachbereich Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01) zu.

In der folgenden Diskussion zum Wirtschaftsplan 2010 des Sportpark Leverkusen spricht sich die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III einvernehmlich für den dauerhaften Erhalt des Freibades Auermühle aus.

Herr Bezirksvorsteher Gietzen stellt abschließend klar, dass mit dem Beschluss des Wirtschaftsplanes keine Entscheidung zum Wegfall des Freibades getroffen werde.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage zu den Ziffern 2 bis 2f

dafür: 11 (6 CDU, 4 SPD, 1 FDP)
dagegen: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 pro NRW)
Enthalt.: 1 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- 4 Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Leverkusen für das Haushaltsjahr 2010
m. Erg. v. 20.11.09
Vorlage: 0120/2009

Herr Saal (CDU) beantragt, den Ansatz für kleine Investitionsmaßnahmen im Bezirkshaushalt 2010 (konsumtiv, Aufwand Unterhaltung Infrastruktur) für den Bezirk III, unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Finanzausschusses und des Rates, bei Produktgruppe 0105, Sachkonto 523200 um 10.000 € auf 21.950 € zu erhöhen.

Herr Nahl (SPD) spricht sich aufgrund der zurzeit herrschenden Unklarheiten zum Thema neue bahnhofsstadt :opladen und der haushaltsrechtlichen Auswirkungen für eine Vertagung der Haushaltsplanberatungen um einen Sitzungsturnus aus.

Frau Weber (01) wirbt dafür, dass die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III den Bezirkshaushalt schon jetzt berät und beschließt, damit gewünschte Änderungen der Verwaltung frühzeitig bekannt werden und diese entsprechend in die Veränderungslisten eingearbeitet werden können. Sie erklärt ausdrücklich, dass der Bezirkshaushalt – sofern sich aufgrund der derzeitigen Prüfung der Umsetzung des Projektes neue bahnhofsstadt :opladen hierzu noch Änderungen ergeben – vor der endgültigen Beschlussfassung durch den Rat nochmals der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III zur Beratung vorgelegt wird. Vor dem Hintergrund dieser Aussage wird der Bezirkshaushalt bereits heute beraten.

Sodann lässt Herr Bezirksvorsteher Gietzen über den Änderungsantrag von Herrn Saal (CDU) abstimmen:

Im Bezirkshaushalt 2010 (konsumtiv, Aufwand Unterhaltung Infrastruktur) wird das Budget des Bezirkes III bei Produktgruppe 0105, Sachkonto 523200 um 10.000 € auf 21.950 € erhöht.

dafür: 12 (6 CDU, 4 SPD, 1 FDP, 1 pro NRW)
dagegen: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bezirksvorsteher Gietzen lässt nach kurzer Beratung über die Vorlage unter Berücksichtigung des Änderungsantrages von Herrn Saal (CDU) abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III empfiehlt dem Rat, für ihren Bereich Haushaltsmittel entsprechend dem Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2010 unter Berücksichtigung der beschlossenen Erhöhung des Budgets des Bezirkes III im konsumtiven Haushalt bei Produktgruppe 0105, Sachkonto 523200 um 10.000 € auf 21.950 € bereitzustellen.

dafür: 11 (6 CDU, 4 SPD, 1 FDP)
dagegen: 3 (1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 pro NRW)

Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Leverkusen für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 0120/2009/1

Dezernat III

- 5 Wiederwahl der Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk 5 der Stadt Leverkusen (Alkenrath, Schlebusch-Nord, Steinbüchel, Lützenkirchen)
Vorlage: 0084/2009

Beschluss:

Als Schiedsmann für den Schiedsgerichtsbezirk 5 der Stadt Leverkusen wird Herr Johannes Thomas, Am Eselsdamm 2, 51375 Leverkusen wiedergewählt.

- einstimmig -

- 6 Lärmaktionsplan gemäß § 47d Bundes-Immissionsschutzgesetz
Vorlage: 0062/2009

Beschluss:

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III nimmt den Lärmaktionsplan im Wege der Anhörung zur Kenntnis.

dafür: 13 (6 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 BÜRGERLISTE)
dagegen: 1 (pro NRW)

- 7 Forstwirtschaftsplan 2010
Vorlage: 0074/2009

Beschluss:

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III nimmt den Forstwirtschaftsplan 2010 im Wege der Anhörung zur Kenntnis.

dafür: 12 (6 CDU, 4 SPD, 1 FDP, 1 BÜRGERLISTE)
Enth.: 2 (1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 pro NRW)

Dezernat IV

- 8 Neufassung der Kulturförderrichtlinien
Vorlage: 0025/2009

Frau Lorenz (BÜRGERLISTE) spricht sich für das bisherige Verfahren und

gegen eine Neufassung der Kulturförderrichtlinien aus.

Herr Bezirksvorsteher Gietzen lässt über die Beschlusspunkte I., II. und III. der Vorlage in der Fassung des Betriebsausschusses KulturStadtLev vom 17.11.09 einzeln abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage in der Fassung des Betriebsausschusses KulturStadtLev vom 17.11.09

zu I.

dafür: 12 (6 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP)
dagegen: 1 (BÜRGERLISTE)
Enth.: 1 (pro NRW)

zu II.

dafür: 13 (6 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 pro NRW)
dagegen: 1 (BÜRGERLISTE)

zu III.

dafür: 8 (6 CDU, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP)
dagegen: 1 (BÜRGERLISTE)
Enth.: 5 (4 SPD, 1 pro NRW)

Dezernat V

- 9 Altersfreundlicher Umbau der fünf Hauszugänge
Julius-Leber-Straße 21-91
- Beschluss der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III vom
24.09.09 zur Vorlage Nr. Bez. III/144/16. TA

- 9.1 Altersfreundlicher Umbau des Wohnweges an den Häusern
Julius-Leber-Straße 57-69
- Bürgerantrag vom 26.09.09
(vormals Reg.-Nr. Bez. III/145/16. TA)
Vorlage: 0148/2009

Altersfreundlicher Umbau des Wohnweges an den Häusern
Julius-Leber-Straße 43-53
- Bürgerantrag vom 26.09.09 (vormals Reg.-Nr. Bez. III/146/16. TA)
- Ergänzendes Schreiben zum Bürgerantrag vom 07.11.09
Vorlage: 0149/2009/1

- 9.2 Altersfreundlicher Umbau des Wohnweges an den Häusern
Julius-Leber-Straße 43-53
- Bürgerantrag vom 26.09.09
(vormals Reg.-Nr. Bez. III/146/16. TA) m. Erg. v. 12.11.09
Vorlage: 0149/2009

- 9.3 Altersfreundlicher Umbau der fünf städtischen Hauszugänge
Julius-Leber-Straße 21 - 91
- Bürgerantrag vom 28.10.09
Vorlage: 0162/2009

Altersfreundlicher Umbau der fünf städtischen Hauszugänge Julius-Leber-
Straße 21 - 91
- Bürgerantrag vom 08.11.09
- Ergänzendes Schreiben vom 16.11.09

Vorlage: 0190/2009/1

- 9.4 Altersfreundlicher Umbau der fünf städtischen Hauszugänge Julius-Leber-Straße 21 - 91
- Bürgerantrag vom 08.11.09
m. Erg. v. 20.11.09
Vorlage: 0190/2009

Altersfreundlicher Umbau der fünf städtischen Hauszugänge Julius-Leber-Straße 21 - 91
Ergänzungsvorlage zur Vorlage Nr. Bez. III/144/16.TA
- Ergänzung vom 12.11.09
Vorlage: 0139/2009/1

- 9.5 Altersfreundlicher Umbau der fünf städtischen Hauszugänge Julius-Leber-Straße 21 - 91
Ergänzungsvorlage zur Vorlage Nr. Bez. III/144/16.TA
m. Erg. v. 12.11.09
Vorlage: 0139/2009

Herr Bezirksvorsteher Gietzen ruft den Tagesordnungspunkt 9 mit allen Bürgeranträgen und der Verwaltungsvorlage zu einer gemeinsamen Beratung auf.

Zunächst gibt Herr Syring (66) zu den Beratungen der Bürgeranträge folgende Information zur Kenntnis:

„Aufgrund der vor Ort dargestellten Abmessungen einer behindertengerechten Rampe (DIN 18024) sowie der weiterhin notwendigen und von den Anwohnern gewünschten Treppenanlage, ist eine Gesamtbreite von mindestens 3,25 m (1,75 Podest plus 1,50 Gehweg) notwendig.

Die städt. Parzelle gliedert sich in die 1,20 m breite vorhandene Treppenanlage und den angrenzenden Grünstreifen von 1,30 m. Insgesamt stehen so-

mit nur 2,50 m zur Verfügung und somit nicht ausreichend Platz um eine DIN-gerechte Lösung für Rampe und Gehweg zu finden.

Die vorhandene Breite des Grünstreifens lässt nur eine Rampenlösung zu, die in Anlehnung an die DIN eine Nutzbreite von ca. 1,00 m vorsieht. Diese Reduzierung ist jedoch gerechtfertigt, da nur ein eingeschränkter Personenkreis der sieben Häuser Julius-Leber-Straße 57 - 69 diese Rampe benutzen wird.

Alle anderen Vorgaben bezüglich Längsneigung und Zwischenpodest werden eingehalten.

Montage einer Hubbühne als Ersatz für die Rampe

Mit Datum vom 26.11.2009 liegt ein Angebot zu einer kleinen Hubbühne vor, die den Höhenunterschied von ca. 70 - 80 cm mit einer Art Tisch überwindet, auf dem Personen mit Rollatoren bzw. Rollstühle selbstständig den Höhenunterschied überwinden können.

Die Gesamtkosten liegen bei 14.000,- Euro und somit über den Kosten einer baulichen Rampe die laut Vorlage mit 12.500,- Euro kalkuliert wurde. Hinzu kommen noch notwendige Tiefbauarbeiten für den Schacht der Hebebühne in Höhe von ca. 1.500,- Euro.

Für einen Wartungsvertrag, die gesetzlichen Hauptuntersuchungen etc. entstehen jährliche laufende Kosten in Höhe von ca. 1.000,- Euro. Insgesamt ist eine Hebebühne deutlich teurer als eine Rampenlösung. Unter der Beachtung der Folgekosten ist daher einer Rampe zu bevorzugen.“

Herr Bezirksvorsteher Gietzen schlägt vor, den Herren Prieß und Helm als Bürgerantragstellern mit unterschiedlicher Zielrichtung Rederecht zu erteilen, den bereits angehörten Bürgerantragstellerinnen Frau Conrads und Frau Weinert jedoch nicht. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Herren Prieß und Helm erläutern daraufhin nacheinander die Hintergründe und Argumente ihrer Bürgeranträge.

Im Laufe der sich anschließenden Diskussion stellen Frau Conrads und Frau Weinert nacheinander nochmals Anträge auf Erteilung des Rederechts. Da Frau Conrads und Frau Weinert als Antragstellerinnen der Bürgeranträge 0148/2009 und 0149/2009 bereits in der Sondersitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III am 05.10.09 Rederecht ausübten und es einen gemeinsamen Ortstermin mit den Antragstellerinnen, den Bezirksvertretern und der Verwaltung am 17.11.09 gab, werden die Anträge auf Erteilung des Rederechts durch die Mitglieder der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III jeweils mehrheitlich abgelehnt.

Auf Nachfrage von Bezirksvertreter Lind (pro NRW) nach der Umgestaltung der Treppe mit Podest (Niedrigstufen) erläutert Herr Syring (66), dass diese

Lösung für Rollstuhlfahrer nur mit fremder Hilfe zu bewältigen ist und somit nicht in Frage kommt.

Beschluss:

1. Die seitens der Verwaltung aufgestellte Kosten- und Finanzierungsübersicht zur behindertengerechten Rampe sowie zur Dichtigkeitsprüfung wird zur Kenntnis genommen.
2. An dem Beschluss zum Konzept der rückwärtigen Verlängerung der Wohnwege zur Kastanienallee wird nicht festgehalten. Der diesbezügliche Beschluss der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III vom 24.09.09 zur Vorlage Nr. Bez. III/144/16. TA wird aufgehoben.
3. Als erste Maßnahme wird der Wohnweg an den Häusern Julius-Leber-Straße 57 - 69 mit einer behindertengerechten Rampe unter Beibehaltung der Treppe ausgestattet.

- einstimmig -

- 10 Bebauungsplan 187/III "Heinrich-Lübke-Straße"
(beschleunigtes Verfahren)
- Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 0081/2009

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III tritt dem Beschluss des Bau- und Planungsausschusses vom 16.11.09 bei.

dafür: 11 (6 CDU, 4 SPD, 1 FDP)
dagegen: 3 (1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 pro NRW)

- 11 Bebauungsplan 176/III "Von-Brentano-Straße"
- Beschluss über die eingegangenen Stellungnahmen
- Beschluss über Änderung des Bebauungsplanes
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 0064/2009

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 12 Bebauungsplan Nr. 63/III "Rudolf-Stracke-Straße"
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE (vormals R 1687/16. TA) vom 09.07.09
 m. Stn. v. 04.08.09 u. Anfrage v. 11.09.09 m. Stn. (nö) v. 17.09.09
Vorlage: 0125/2009

Unter Bezugnahme auf die Nachfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III vom 24.09.09 erläutert Herr Seggewiß (61), dass für die Schreinerei eine Genehmigung aus dem Jahre 1928 besteht und diese Bestandschutz hat, wogegen der Glaserei aus Immissionsschutzgründen aufgrund der Geruchsbelästigung keine Genehmigung erteilt werden konnte.

Abstimmung über den Antrag:

dafür: 1 (BÜRGERLISTE)
dagegen: 13 (6 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 pro
 NRW)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

- 13 Fuß- und Radweg an der Dhünn unter der Bahnlinie Köln-Wuppertal
Vorlage: 0039/2009

Die Verwaltung wird beauftragt, Planungsvarianten zur Reduzierung der Überschwemmungshäufigkeit des Rad- und Fußweges als Vorplanung zu entwickeln.

- einstimmig -

- 14 Sachstand Straßeninstandsetzungskonzept
Vorlage: 0046/2009

Auf Nachfrage von Rh. Pockrand (SPD) bezüglich einer Instandsetzung des Fußweges auf der linken Seite des Hufer Weges zwischen der von-Knoeringen-Straße und der Bruchhauser Straße erklärt Herr Gerlich (TBL /66), dass die angesprochene Maßnahme in das Straßeninstandsetzungskonzept aufgenommen und im Jahr 2010 zur Ausführung kommen wird.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III nimmt den Sachstand zum Straßeninstandsetzungskonzept zur Kenntnis und befürwortet die im Anschluss

an die laufenden Maßnahmen für 2010 geplanten Straßensanierungen sowie die in Anlage 1 der Vorlage als dringlich eingestuften Instandsetzungen soweit sie in die Zuständigkeit der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III fallen.

dafür: 12 (6 CDU, 4 SPD, 1 FDP, 1 BÜRGERLISTE)
Enth.: 2 (1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 pro NRW)

Als Zusatzinformation teilt Herr Gerlich als Vorstand TBL mit, dass sich bezüglich der Von-Knoeringen-Straße, die wegen evtl. möglicher Bezuschussung als Reserveprojekt ausgewiesen ist, - Instandsetzung des Bereiches Lützenkirchener Straße bis Hufer Weg in städtischer Zuständigkeit - nach dem Einplanungsgespräch bei der Bezirksregierung unter Beteiligung des Landes ein neuer Sachstand ergeben hat:

So wurde mitgeteilt, dass bezüglich der Bezuschussung Verkehrsverbesserungen absoluten Vorrang haben vor Instandsetzungen. Angesichts des Finanzrahmens des Landes besteht so mittelfristig keine Aussicht auf Bezuschussung.

Die TBL werden, da die Von-Knoeringen-Straße schon mehrfach verschoben wurde, diese nunmehr im Jahr 2010 sanieren.

15 Erneuerung von Beleuchtungsanlagen 2010
Vorlage: 0078/2009

Die Verwaltung weist auf einen Fehler in der Begründung der Vorlage hin. Im Abschnitt Bezirk III, Jakob-Kaiser-Straße, letzter Satz ist ausgewiesen, dass die Anlieger 50 % der Kosten der Maßnahme zu tragen hätten. Richtig muss es heißen:

„Durch die Anlieger sind 30 % der Kosten zu tragen.“

Rf. Schmitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erkundigt sich nach den Erfahrungswerten der Verwaltung mit dem Nova-Statik-Verfahren, das bereits bei der Beleuchtungsanlage Bürriger Deich erstmals in Leverkusen eingesetzt wurde. Herr Gerlich (66) erklärt, dass die Verwaltung zunächst die Gewährleistungsfrist von fünf Jahren abwarten möchte.

Herr Bezirksvorsteher Gietzen lässt unter Berücksichtigung der vorgetragenen Korrektur zur Jakob-Kaiser-Straße über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Erneuerung der Beleuchtungsanlagen auf der Regensburger Straße, der Humperdinckstraße - zwischen Jäger- und Saarstraße, der Albertus-Magnus-Straße, der Richard-Wagner-Straße und der Jakob-Kaiser-Straße wird zugestimmt.

dafür: 13 (6 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGER-

LISTE, 1 pro NRW)
Enth.: 1 (FDP)

Nachtrags- und Tischvorlagen

- 16 Freiherr vom Stein-Gymnasium, Schlebusch
Umsetzung des Konjunkturpaketes II
- Energetische Sanierung Fenster und technische
Gebäudeausrüstung
Planungs- und Baubeschluss
m. Erg. v. 13.11.09
Vorlage: 0079/2009

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

Freiherr vom Stein-Gymnasium, Schlebusch
Umsetzung des Konjunkturpaketes II
- Energetische Sanierung Fenster und technische Gebäudeausrüstung
Planungs- und Baubeschluss
- Stellungnahme der Schulkonferenz des Freiherr vom Stein-Gymnasiums vom
12.11.09
Vorlage: 0079/2009/1

- 17 Außenwerbung an Gebäuden im Umfeld der Kirche St. Andreas in Schlebusch
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.11.09
Vorlage: 0194/2009

Rf. Schmitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ändert den Antrag in einen Prüfauftrag um.

Herr Bezirksvorsteher Gietzen bittet die Verwaltung, einen Ortstermin unter Beteiligung des Bezirksvorstehers für den Stadtbezirk III, der Antragstellerin sowie der katholischen Kirchengemeinde St. Andreas und der Werbe- und Fördergemeinschaft Schlebusch zu organisieren. Frau Weber (01) sagt dies zu.

Beschluss:

Die Verwaltung prüft, ob mit Einverständnis der Eigentümer, der katholischen Kirchengemeinde St. Andreas und der Werbe- und Fördergemeinschaft Schlebusch ein gemeinsames Konzept für die Außenwerbung für den denkmalgeschützten Bereich um St. Andreas sowie die gegenüberliegenden Häuser erstellt werden kann.

- einstimmig -

- 18 Stimmberechtigte Vertreterin/stimmberechtigter Vertreter des Schulträgers in den Schulkonferenzen der Grundschulen für die Wahl der Schulleitungen und der stellvertretenden Schulleitungen
Vorlage: 0179/2009

Herr Nahl (SPD) beantragt, entgegen der Formulierung in der Begründung der Vorlage von der Möglichkeit, drei weitere beratende Vertreterinnen bzw. Vertreter des Schulträgers zu benennen, Gebrauch zu machen. Die Benennung sei in der Reihenfolge der Größe der politischen Präsenz in der Bezirksvertretung durchzuführen.

Nach einer kontroversen Diskussion, in der verschiedene Bezirksmitglieder erklären, dass ihnen diese Vorlage nicht vorliegen würde, wird die Vorlage einstimmig um einen Sitzungsturnus vertagt.

- 19 Ganztagsoffensive - Neubau einer Mensa für das Freiherr vom Stein-Gymnasium
- Planungs- und Baubeschluss
Vorlage: 0138/2009

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

20 Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 11/09)

z.d.A.:Rat Nr. 8 vom 18.08.2009 Seite 231:
Kündigung des Mietverhältnisses für das Gebäude Reuterstraße 53 zum
31.12.09 durch das Polizeipräsidium Köln

Herr Nahl (SPD) stellt folgende Zusatzanfrage:

„Der Polizeipräsident Köln hatte mit Schreiben vom Juli 2009 das Mietverhältnis für das Dienstgebäude Reuterstraße ersatzlos gekündigt. Damit wäre Schlebusch, immerhin Zentrum eines Stadtbezirks mit 57.000 Einwohnern, zum ersten Male in seiner Geschichte ohne Polizeidienststelle.

Der damalige Oberbürgermeister, Ernst Kuchler, hatte das moniert. In seinem Antwortschreiben, das der genannten z.d.A.: Mitteilung beigelegt ist, begründet Herr Steffenhagen die Kündigung und legt - für mich wenig überzeugend - dar, wie sich die Polizei den Einsatz von Bezirksbeamten in Schlebusch zukünftig vorstellt. Er ist aber offensichtlich selbst vom Effekt nicht so ganz überzeugt, denn sein Schreiben endet damit, dass er derzeit prüfe, ob es möglich und erforderlich sei, eine polizeiliche Anlaufstelle in Form von Bürgersprechstunden in Schlebusch einzurichten. Er sei in diesem Zusammenhang noch auf der Suche nach einer geeigneten Räumlichkeit. Und schließt mit dem Satz, Zitat: "Vielleicht können Sie uns bei dieser Suche, die eine Optimierung der Bürgernähe darstellen würde, unterstützen."

Vor diesem Hintergrund frage ich:

1. Welche Räume sind der Polizei angeboten worden?
2. Wie hat der Polizeipräsident entschieden?“

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung über z.d.A.: Rat zu.

Weitere Zusatzanfragen werden nicht gestellt.

Auf entsprechende Nachfrage des Bezirksvorstehers sprechen sich die Mitglieder der Bezirksvertretung mit großer Mehrheit für einen regelmäßigen Sitzungsbeginn um 16.00 Uhr aus. Herr Bezirksvorsteher Gietzen wird dies probeweise für ein halbes Jahr durchführen und sagt zu, zukünftige Ortstermine für Mitglieder der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III möglichst erst nach 16.00 Uhr zu terminieren.

Raimund Gietzen schließt die Sitzung gegen 17:40 Uhr.

Raimund Gietzen
Vorsitzende/r

Ralf Berlings
Schriftführer/in